



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 12. Juni 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang zur Plenarsitzung.

1. „Gescheiterter „Flüchtlingsgipfel“ – Zeugnis einer völlig verfehlten Verschwendungspolitik zulasten unserer Gesellschaft“

Erbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion der AfD. Es wurde vorgetragen, dass Deutschland nur an einer Weltrettung interessiert sei und dabei die eigenen Landsleute vergesse. Es dürfe sich nicht beklagt werden, dass Deutschland kein Geld für Schulsanierung, Krankenhäuser, Schuldenabbau, Schulessen oder Kita-Kostenfreiheit etc. habe. Dieser Missstand entwickelte sich vor ca. 10 Jahren im Jahr 2015 mit der Grenzöffnung. Seitdem bleiben Millionen Menschen in unserem Land. Zudem wird erläutert, dass der gigantische Kostenberg nicht mehr stemmbar sei und die Verantwortung dafür nur hin und hergeschoben wird. Auf den Kosten bleiben hierzulande der deutsche Bürger und Steuerzahler sitzen. Den Menschen werde ihre Lebensqualität weggenommen, der Lohn für ihre Arbeit, die Chance auf ein würdevolles Leben im Alter und die Möglichkeit sich und seiner Familie eine gute Zukunft zu ermöglichen. Dieses Jahr nimmt der Bund ca. 30 Milliarden Euro für das Thema Asyl und Integration in die Hand. Die Länder müssen allerdings zusätzlich die Gesundheitskosten übernehmen. Dafür müssen nochmal zusätzlich 4 bis 5 Millionen Euro eingeplant werden. Allein Sachsen-Anhalt zahlt jedes Jahr eine Pauschale von 11.000 Euro pro Kopf für die Gesundheitsversorgung eines einzigen Asylbewerbers. Allerdings bezahle unsere Gesellschaft momentan einen viel höheren Preis: den Verlust der inneren Sicherheit. Wir verspielen die Zukunft unserer Kinder und verlieren unsere kulturelle Identität jeden Tag ein Stückchen mehr. All dies habe ihren Ursprung in der Grenzöffnung 2014/2015 durch die CDU und deren Durchwinken der Haushaltsposten. Man müsse hin zu einer Politik, dies sich nach Abschiebungen, sichere Grenzen und den Aspekt richtet, was ist für unser Land und unser Volk gut.

Für die Landesregierung spricht Frau Dr. Tamara Zieschang (CDU), Ministerin für Inneres und Sport. Im gemeinsamen Beschluss von Bund und Ländern heißt es: „Um Bund, Länder

und Kommunen zu entlasten ist die irreguläre Migration spürbar zu reduzieren.“ Dies sei das genaue Gegenteil von dem, was die AfD erläutert hat. Frau Dr. Zieschang weist darauf hin, dass man eine Differenzierung vornehmen muss. Es gebe reguläre Migration, ein Recht auf Asyl und irreguläre Migration, bei der Menschen ohne Asylgrund nach Deutschland kommen. Genau diese irreguläre Migration müsse reduziert werden. Bereits in den ersten Monaten von 2023 hat das Land Sachsen-Anhalt über 2.400 Asylsuchende aufgenommen. Dies ist eine Steigerung von 55% im Vergleich zum Vorjahr und zeigt, dass die irreguläre Migration reduziert werden muss. Was Länder und Kommunen brauchen, ist eine finanzielle Planungssicherheit. Es bedarf daher einer dauerhaften Finanzbeteiligung des Bundes. Hier hatte sich das Viersäulenmodell bewährt, welches durch die CDU-geführte Bundesregierung eingeführt wurde. Des Weiteren wird auf der kommenden Innenministerkonferenz ein Antrag vorgelegt, welcher die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitern soll. Sachsen-Anhalt erfüllt seine gesetzlichen Aufnahmeverpflichtungen und setzt auch konsequente Rückführungsmaßnahmen um. Der Bund bleibt indes aufgefordert Länder und Kommunen wirksamer zu unterstützen.

2. „Wirksame Präventionsangebote vermeiden Jugenddelinquenz“

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE trägt vor, dass es in ihrem Antrag um notwendige Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche geht, um Jugenddelinquenz von vornherein möglichst auszuschließen und im Idealfall verhindern zu können. Nur eine frühe und vor allem erfolgreiche Prävention kann ein Fehlverhalten, Straftaten und damit Jugendkriminalität verhindern bzw. eindämmen. Es könne allerdings nur gelingen, wenn alle Beteiligten, d.h. Eltern, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendämter, Polizei und Justiz eng miteinander kooperieren und dabei versuchen den Prozess gemeinsam zu tragen. Die Jugenddelinquenz habe unterschiedliche und vielfältige Ursachen, vor allem jedoch soziale Ursachen. Unsere Gesellschaft selbst schaffe den Boden und die Rahmenbedingungen für ein derartiges Verhalten. Daher müsse man die Präventionsmaßnahmen vielfältig und frühzeitig ansetzen. Seit Monaten wird medial und in der Öffentlichkeit über die steigende Jugendkriminalität diskutiert. Im Jahr 2022 wurden 1.259 Fälle registriert. Dies ist eine Steigerung um 23%. Wir brauchen ein vorausschauendes Agieren und Handeln. Abhilfe soll hier das Neuköllner Modell schaffen.

Die Fraktion der CDU führt ein, dass bei uns in der Stadt Halle der Brennpunkt in Halle-Neustadt liegt. Hierbei handelt es sich allerdings nicht um eine halletypsiches, sondern um ein grundsätzliches Problem, was verschiedene Ursachen haben dürfte. In Halle-Neustadt gebe es teilweise Schulklassen, in denen sind überwiegend migrantische Kinder, die viele verschiedene Sprachen sprechen. Integration kann dort so gut wie gar nicht stattfinden, da die restlichen deutschsprachigen Kinder erst eine neue Fremdsprache lernen müssten, um sich verständigen zu können. Daran sind allerdings nicht die Migranten und Ausländer schuld, sondern wir und wie wir mit den Leuten umgehen. Viele kennen die Regeln bei uns in Deutschland nicht oder wissen nicht, wie das Zusammenleben funktioniert. Es bringt ihnen keiner richtig bei und damit wissen sie auch nicht, was für Konsequenzen es haben könnte, wenn sie gegen Regeln verstoßen. Man sollte sich überlegen, wie man grundsätzlich mit dem Problem der Gettobildung in unseren großen Städten umgeht.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag einstimmig federführend in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz und zur Mitberatung in den Sozialausschuss, in den Innenausschuss und in den Bildungsausschuss überwiesen.

3. „Biogaserzeugung in Sachsen-Anhalt fördern“

Antragsteller sind hier die Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FDP. Aus dem Umweltausschuss wurde zuletzt deutlich, dass wir schnellstmöglich aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe aussteigen müssen. Zum einen wegen des Klimawandels, zum anderen



wegen zukünftig steigender Kosten für Importstoffe. Die erneuerbaren Energien müssen ausgebaut werden. Hierbei ist ein Baustein die Erzeugung und Nutzung von Biogas. Dieses hat eine vielseitige Verwendungsmöglichkeit und bietet auch wirtschaftliche Chancen. Es trägt damit zur Stärkung der regionalen Wirtschaft bei und mindert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Mit diesem Antrag soll der Sektor Biogas in Sachsen-Anhalt unterstützt und vorangebracht werden. Weiterhin soll geprüft werden wie Betreiberinnen und Betreiber bestehender Biogasanlagen bei dem Umbau zu einer flexiblen Produktion unterstützt werden können. Zudem ist zu prüfen, wie Betreiberinnen und Betreiber beim Umstieg auf weitere Einsatzstoffe unterstützt werden können. Es wird gewollt, dass zukünftig noch mehr Biogasanlagen in Sachsen-Anhalt Bioabfälle verwerten. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen vier Biogasanlagen in Sachsen-Anhalt. Aktuell werden jedoch ca. 90.000t Bioabfall pro Jahr in Sachsen-Anhalt in die Atmosphäre entlassen, ohne jegliche energetische Nutzung. Mit dem Programm „RepowerEU“ hat die EU-Kommission einen Plan vorgelegt, welcher die Biomethanerzeugung bis zum Jahr 2030 auf 35 Milliarden m³ steigern soll. Dänemark geht hier mit positivem Beispiel voran, an welches wir ebenfalls anknüpfen sollten.

Für die Landesregierung spricht Herr Prof. Dr. Armin Willingmann (CDU), Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Sachsen-Anhalt verfügt über knapp 500 Biogasanlagen. Davon sind 37 in Betrieb, die auch Biomethan in das Gasnetz einspeisen. Die installierte Leistung liegt bei ca. 500 MW. Damit liegen wir im Bundesländervergleich auf Platz 6. Zukünftig wollen wir verstärkt die Umstellung der Bioenergieanlagen auf hoch flexible Spitzenlastkraftwerke unterstützen.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

4. „Für die Schule von morgen: Die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt neu strukturieren“

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE trägt vor, dass sich jedes Jahr etwa 1.000 junge Menschen in Sachsen-Anhalt für ein Lehramtsstudium entscheiden. Allerdings müssen sie sich auch entscheiden, was für eine Lehrkraft sie werden wollen. Diese Entscheidung ist angesichts dessen, dass sie gerade erst ihr Abitur erhalten haben, zu verfrüht. Eine solche frühe Wahl sei nicht nur unnötig, sondern sie raubt den jungen Studierenden, den Schulen Sachsen-Anhalts und damit uns allen Flexibilität und Möglichkeiten. Statt einer schulformbezogenen Ausbildung, soll das Lehramtsstudium in Sachsen-Anhalt zu einer schulstufenbezogenen Ausbildung umstrukturiert werden. Wenn wir in Sachsen-Anhalt die Lehrkräfteausbildung hin zum Stufenlehramt weiterentwickeln, dann bietet dies viele Chancen im Kampf gegen den Lehrkräftemangel. Zudem würde das Stufenlehramt den Studierenden ermöglichen, dass sie sich erst im Laufe des Studiums entscheiden müssten, an welcher Schule sie später unterrichten möchten. Für die beiden Universitäten in Sachsen-Anhalt, an denen die Lehrkräfteausbildung stattfindet, wäre die Neustrukturierung des Lehramtsstudiums zum Schullehramt kein Problem. Schon jetzt überschneiden sich insbesondere die Lehrämter für das Gymnasium und die Sekundarschule stark in der Ausbildung. Es fehle nur am politischen Willen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, damit das Stufenlehramt in unserem Bundesland ausgeführt werden könne.

Für die Landesregierung spricht Herr Prof. Dr. Armin Willingmann (CDU), Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Beim Lehramtsstudium gebe es eine engere Verzahnung als bei anderen Studiengängen. Daher müsse es eine engere Abstimmung geben. Von den 1.200 Erstsemesterstudienplätzen in Sachsen-Anhalt sind bei etwa 4.800 Abiturienten erst etwa 900 Erstsemesterstudienplätze besetzt. Demnach gebe es noch freie Plätze und es wäre daher sinnvoll darüber nachzudenken, ob es Ausbildungsmodelle gibt, die anders sind als die bisherigen und herkömmlichen. Dies sollte im Bildungs- und im Wirtschaftsausschuss geschehen. Erst im Januar beim Bildungsgipfel haben wir, die Minister, vorgeschlagen, dass Sachsen-Anhalt als zweites Bundesland in Deutschland ein duales Ausbildungsmodell für das Lehramt einführen möchte. Hierbei geht es um das Anwärtermodell. Dieses Modell adressiert bewusst das Sekundarstufenlehramt, denn dieses ist unsere große Baustelle. Wie bereits darauf hingewiesen müsse man über die einzelnen Modelle diskutieren.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich federführend in den Ausschuss für Umwelt, Wissenschaft und Energie zur Beratung und an den Ausschuss für Bildung zur Mitberatung überwiesen.

5. „Rechtsprechung nahe an den Bürgerinnen und Bürgern – ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Sachsen-Anhalt unterstützen“

Antragsteller sind hier die Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FDP. Das Schöffenamnt ist eines der ältesten Bestandteile unseres Rechtssystems. Schöffen und andere ehrenamtliche Richter bringen die Erfahrung des Alltags in die Gerichte ein. Für dieses wichtige Engagement möchte man einen besonderen Dank aussprechen. Der Antrag sieht vor, dass ab dem kommenden Haushaltsjahr Fortbildungsmöglichkeiten für neue ehrenamtliche Richter angeboten werden sollen, denn bestimmte Angebote könnten die Urteilsfindung vereinfachen. Zudem ist das Schöffenamnt aufgrund der Pflicht zur Anwesenheit ein zeitaufwendiges Ehrenamt, daher sollten wir ihnen umso mehr regelmäßig unsere Anerkennung zeigen.

Für die Landesregierung hat Frau Franziska Weidinger (CDU), Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz ausgeführt, dass Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, mit ihrem Wirken das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden. Sie sind das Bindeglied zwischen Gesellschaft und Berufsrichterinnen und -richtern. Ihre Mitwirkung führt zu einer besseren Akzeptanz der Entscheidungen in der Bevölkerung und trägt erheblich zum Rechtsfrieden bei. Die Ehrung aller ehrenamtlich tätigen Personen in der Justiz ist in Sachsen-Anhalt schon seit langer Zeit ein wichtiges Anliegen.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Die nächste Plenarsitzung für dieses Jahr findet vom 28.06.2023 bis 30.06.2023 statt. Ich melde mich, wie gewohnt, vorab bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben